

Niederschrift

über die 5. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Sport, Integration und Demografie am Donnerstag, den 31.03.2022, um 17:00 Uhr im Saal des Bürgerhauses, Schloßmacherstr. 4-5.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Dietmar Stark

Ausschussmitglieder

Beate Bötte
Petra Ebbinghaus
Sandro Feuerpeil
Hans Wilhelm Golombek
Majid Haberkorn
Sherif Salem Hassan
Dennis Jaroschek
Helmut Kaulhausen
Swen Leckebusch
Rolf Schäfer
Anke Schröder
Regina Übel

ab 17.16 Uhr

Beratende Mitglieder

Jörg Becker

Bürgermeister

Johannes Mans

von der Verwaltung

Jürgen Funke
Volker Grossmann
Simon Woywod

Schriftführerin

Lisa Look

es fehlt:

Ausschussmitglieder

Malik Nasir Mahmood
Christoph Schlüter

Mitglieder des Seniorenbeirates

Wolf-Rainer Winterhagen

Tagesordnung:**(Öffentlicher Teil)**

1. Handlungsmaßnahmen aufgrund der Beratungen der letzten Sitzung. IV/0120/2022
2. Bericht von Herrn Dr. Brockhaus zur aktuellen Covid - 19 Situation IV/0126/2022
3. Sozialer Wohnungsbau in Radevormwald (Antrag der SPD - Fraktion vom 23.02.2022) AN/0089/2022
4. Situation von Migranten, Flüchtlingen und Ortskräften in Radevormwald (Antrag der SPD - Fraktion vom 22.02.2022) AN/0090/2022
- 4.1. Situation von Migranten, Flüchtlingen und Ortskräften in Radevormwald (Antrag der CDU- Fraktion vom 02.03.2022)
- 4.2. Situationen von Migranten, Flüchtlingen und Ortskräften in Radevormwald (Anfrage der AL - Fraktion vom 07.03.2022)
5. Antrag der FDP Fraktion Betreuung von Asylbewerbern durch Mitarbeiter der Verwaltung AN/0055/2021/1
6. Vergabe von Betreuungsleistungen für Asylbewerber und anderen Menschen mit Migrationshintergrund BV/0247/2022
7. Einführung der App "Gut versorgt in Radevormwald" BV/0248/2022
8. Mitteilungen und Fragen

Der Vorsitzende eröffnet um 17.00 Uhr die 5. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Sport, Integration und Demografie und begrüßt die Anwesenden.
Der fristgerechte Zugang der Einladung wird festgestellt, eine Änderung der Tagesordnung wird nicht gewünscht.

Der Vorsitzende Dietmar Stark vereidigt Herr Imtiaz Ahmad.

Die Niederschrift zur 4. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Sport, Integration und Demografie wird zum Tagesordnungspunkt 4 aufgrund der Änderungswünsche von Frau Schröder wie folgt ergänzt:

*Frau Schröder erklärt, dass sie den Antrag nicht weiter erläutern möchte, da in der Vorlage alles ausführlich erläutert ist. Allerdings gibt es eine Änderung. Um der Stadt mehr Zeit für die Personalsuche zu geben, soll die Betreuung der Asylbewerber durch eigenes Personal erst ab 01.01.2023 erfolgen. Der Stellenplan soll dann aber entsprechend der Anzahl der Asylbewerber und dem Ratsbeschluss vom 29.09.2015 erfolgen und nicht mit 1 ½ Stellen. Hierzu erklärt Frau Schröder, dass es wenig Sinn mache, jetzt schon eine bestimmte Mitarbeiterzahl festzulegen, da niemand weiß, wie die Situation in knapp 1 ½ Jahren ist. Herr Grossmann stellt die Ansicht der Verwaltung dar.
.....Eine kurzfristige Beendigung der Zusammenarbeit mit der Diakonie wird als unproduktiv angesehen.*

Es ist unrichtig, dass ich erst hier den Antrag auf den 01.01.2023 umformuliert habe!

*Frau Schröder erklärt, dass die Zahlen der Verwaltung nicht richtig sind. Als ehemalige Amtsleiterin habe sie Einblick in die Gehälter incl. Arbeitgeberanteil gehabt, da sie sie für Statistikmeldungen benötigt hat. Sie habe diese Zahlen hochgerechnet. Insofern seien ihre Zahlen realistisch.
Zum anderen hat die Verwaltung u.a. mit den 20 % Overhead-Kosten rein kalkulatorische Kosten eingerechnet, obwohl diese Kosten gar nicht zusätzlich entstehen.*

(Öffentlicher Teil)

1. Handlungsmaßnahmen aufgrund der Beratungen der letzten Sitzung. IV/0120/2022

Herr Funke berichtet zur Sportstättenanierung.

- a. 2022 – GGS Stadt (Sanierung: TSG, Lüftung, Asphalt) LV Korrektur, Verzögerung aktuell durch externen Planer
- b. 2022 – TH Lessingstraße (Sanierung Beleuchtung) LV Korrektur, Verzögerung aktuell durch externen Planer
- c. 2023 – TH Lessingstraße (Glasbausteine) *noch nicht in Bearbeitung*
- d. 2023 – TH 1 Hermannstraße (Oberlichter) *noch nicht in Bearbeitung*
- e. 2023 – TH Bredderstraße Entwicklung steht in Abhängigkeit zur Planung „Am Kreuz“

Herr Becker merkt an, dass der Stadtsportverband bisher nicht bei den Planungen beteiligt wurde.

Herr Funke entgegnet, dass der Objektplaner noch nicht engagiert wurde. Sobald dies geschieht, wird der Stadtsportverband mit einbezogen.

Herr Becker erfragt, wie der Sachstand der Duschen am Kollenbergpark ist.

Herr Funke entgegnet, dass die Fördermittel durch die Vereine komplett abgegriffen wurden und eine Sanierung erst in den Folgejahren in Betracht kommt.

Herr Golombek erfragt, warum es bei der Turnhalle in der Lessingstraße zu Verzögerungen kommt.

Herr Funke antwortet, dass es an der Elektrik hakt. Das städtische Gebäudemanagement bearbeitet derzeit die Problematik.

Herr Grossmann berichtet, dass der neue Standort für den Rettungswagen durch den Oberbergischen Kreis noch nicht gefunden ist.

Weiter berichtet er, dass aus den Wupperorten nun die Notrufnummern 110 sowie 112 aufgeschaltet sind.

Frau Ebbinghaus gibt zu bedenken, dass für die älteren Leute die Nummer 7000 noch erreichbar sein muss.

Anmerkung der Verwaltung: Die Notrufnummer 7000 kann aus den Wupperorten noch verwendet werden.

2. Bericht von Herrn Dr. Brockhaus zur aktuellen Covid - 19 IV/0126/2022 Situation

Herr Stark erklärt, dass der Tagesordnungspunkt wegen Terminüberschneidungen des Herrn Dr. Brockhaus entfällt und auf die nächste Sitzung verschoben wird.

3. Sozialer Wohnungsbau in Radevormwald (Antrag der SPD AN/0089/2022 - Fraktion vom 23.02.2022)

Herr Golombek erläutert den Antrag der SPD – Fraktion.

Herr Grossmann beantwortet die Fragen 1 - 4 der Fraktion wie folgt:

1. Zum 31.12. waren 846 in der sozialen Bindung.
2. Einzelne Mieterhöhungen haben bereits stattgefunden, es geht um Erhöhungen von 20 % alle 3 Jahre bis zur üblichen Vergleichsmiete. Kunden des SGB XII werden aufgefordert, die Mieterhöhungen durch den Mieterverein überprüfen zu lassen. Bei Kernsanierungen können weitere Erhöhungen stattfinden.
3. Ein Wohnberechtigungsschein wird für ein Jahr ausgestellt. Jährlich werden ca. 100 – 120 Wohnberechtigungsscheine ausgestellt.

4. Zum einen geben die Bezieher von Arbeitslosengeld II und der Grundsicherung die Erhöhung an das Jobcenter oder dem Sozialamt weiter, die dann die Erhöhung ggfls. übernehmen. Personen mit Erwerbseinkommen, können überprüfen lassen, ob sie einen Anspruch auf Wohngeld haben oder wenn sie schon Wohngeld beziehen, ob dieses entsprechend angepasst werden kann (die Mieterhöhung muss mindestens 15 % betragen). Man kann zudem überprüfen lassen, ob man Anspruch auf ergänzende SGB II Leistungen hat. Das könnte gerade bei größeren Familien der Fall sein. Das kommt dann zum Tragen, wenn trotz Wohngeld noch Ansprüche dort bestehen, dann fällt jedoch das Wohngeld weg.

Die Fragen 5 – 6 beantwortet der 1. Beigeordnete Herr Simon Woywod.

5. Die Stadt Radevormwald verfügt selbst über keine Gebäude um sozialen Wohnraum selber anbieten zu können. Die vorhandenen Gebäude im eigenen Bestand werden zu 100% für die Flüchtlings- und Obdachlosenunterbringung verwendet. Im Hinblick auf die aktuelle Flüchtlingsentwicklung ist auch langfristig nicht von einer Umnutzung auszugehen.

In den vergangenen 12-18 Monaten haben vielfache Gespräche mit dem größten Wohnungsanbieter im Stadtgebiet der Belvona Verwaltungs GmbH stattgefunden. Das Geschäftsmodell sieht trotz einer Leerstandsquote von teilweise 50% und mehr, keine direkte Berücksichtigung von sozialer Wohnungsversorgung vor. Es werden Preismodelle für sanierte Wohnungen vorgesehen, die sich im Stadtgebiet Radevormwald teilweise für Neubauten realisieren ließen, nicht jedoch für Sanierungen im Wohnkomplex. Den Unmut über die Realitätsferne dieser Vorgehensweise hat die Verwaltung bereits mehrfach und mehr als eindeutig zum Ausdruck gebracht. Wohnraum ist zweifelsfrei vorhanden, auch wenn teilweise nicht vermietfähig.

Leerstand nutzt weder der Stadt, noch den Wohnungssuchenden und vor allem auch nicht dem Eigentümer. Das Angebot einer Ausarbeitung einer gemeinsamen Entwicklung von Projekten ist bereits eindeutig an die Belvona adressiert. Die Belvona ist nach einer Änderung der Geschäftsstruktur als reiner Verwalter eingesetzt. Eigentümer der Objekte auf der Brede und der Südstadt ist seit Ende letzten Jahres die Brookfield Gruppe als Global Player im Immobilienbereich mit Sitz in Toronto in Kanada. Gegenwärtig wird versucht über die politischen Vertreter auf Landesebene einen direkten Kontakt zum Eigentümer herzustellen, bislang jedoch erfolglos.

Im Bezug auf die Ukrainischen Kriegsflüchtlinge haben auch Gespräche mit der Belvona stattgefunden.

Hier wurde unsanierter Wohnraum im 10 - er bzw. 29 - er Block für eine Mindestmietdauer von 1 Jahr zu einem Preis von 11,50€/m² angeboten und aus Sicht der Verwaltung die Krisen- und Notsituation des Ukraine Krieges und die Not der Städte ausgenutzt.

Nach Aussage von Belvona besteht jedoch kein Druck zu vermieten und aus Sicht der Investoren ist es nicht schlimm wenn die Wohnungen 2 -3 Jahre leerstehen.

Seitens der Verwaltung wird die Meinung vertreten, mit solchen Unternehmen so wenig wie möglich zusammen zu arbeiten.

Herr Schäfer merkt an, dass hinterfragt werden muss, warum es Leerstände von 50 % gibt und regt ein Leerstandskataster an. Er gibt zu bedenken, dass keiner an einem derartigen Leerstand interessiert sein dürfte.

Herr Woywod stimmt zu und ergänzt nochmals, dass es bereits viele Gespräche gab. Es ist jedoch davon auszugehen, dass es sich bei den Gebäuden in Radevormwald um Abschreibungsprojekte handelt. In dem Fall wäre dem Eigentümer ein Leerstand egal.

Herr Becker unterstreicht die Aussage von Herrn Woywod bezüglich der Abschreibungsprojekte und ergänzt, dass dadurch noch Gewinne generiert werden.

Frau Schröder zeigt sich über den Preis von 11,20 € pro qm geschockt und gibt zu bedenken, ob es sich bei einem durchschnittlichen Mietpreis von 6,20 pro qm nicht um Mietwucher und demnach um eine Straftat handeln könnte.

Herr Woywod führt hier an, dass es sich um den Preis handelt, welcher der Stadt angeboten wurde. Wo der Preis für Privatpersonen liegt ist unbekannt.

Herr Golombek ruft dazu auf, an diesem Punkt als Stadt nicht zu resignieren und das es politischer Intervention bedarf um diesen Zustand zu ändern.

Herr Mans betont, dass es sich nicht um Resignation handelt sondern um die Darstellung der Rahmenbedingungen und den Parametern, mit der die Stadt Radevormwald derzeit arbeiten muss.

Nachdem keine weiteren Fragen zu der Beantwortung der fünften Frage vorliegen, fährt Herr Woywod mit der Beantwortung der nächsten Fragen fort.

6. Eine Einflussnahme der Stadt Radevormwald auf die vorhandenen Immobilien ist wie gerade beschilbert klar limitiert. Vielmehr wird es an Bundes- und Landesregierung sein, die Ankündigungen von 400.000 neuen Wohnungen jährlich auch in eine praktikable Umsetzung zu bringen und das nicht nur in den großen Metropolen, sondern auf dem Land, in der Stadt auf der Höhe. Wohnraum ist vorhanden und er steht zu über 50 % leer. Wohnraum der erst saniert wird, wenn ein Mietvertrag unterschrieben ist. Hier wird der Gesetzgeber eindeutig in der Pflicht gesehen um entsprechende Neuregelungen zu schaffen um sowohl vorhandenen Wohnraum marktfähig zu machen als auch sozialverträglich anbieten zu können.

Herr Woywod verdeutlicht, dass es darüber hinaus auch wieder lukrative Fördermöglichkeiten für Investoren geben muss, sozialen Wohnungsbau auch in kleinen Einheiten zu realisieren. Dies ist gegenwärtig das größte Problem für Radevormwald, aufgrund der mengenmäßigen Begrenzung sind kleine Einheiten im Bereich sozialer Wohnungsversorgung für Investoren nicht attraktiv. Alle bisherigen Versuche seitens der Verwaltung verliefen erfolglos.

Durch die Neuausrichtung des Gebäudemanagements sowie erworbener Flächen zur möglichen Umsetzung von Wohnungsbau wird gegenwärtig die Möglichkeit durchdacht, mittelfristig selber im kleinen Rahmen sozial geförderten Wohnraum erstellen zu können und diesen kostendeckend selber zu bewirtschaften.

Die Frage 7 wurde nicht beantwortet.

**4. Situation von Migranten, Flüchtlingen und Ortskräften in AN/0090/2022
Radevormwald (Antrag der SPD - Fraktion vom
22.02.2022)**

Herr Golombek erläutert den Antrag.

Herr Grossmann sagt, dass viele Fragen aus den Anträgen unter diesem Tagesordnungspunkt überholt sind und er zunächst die Fragen der SPD beantwortet.

1. Das kann nicht beantwortet werden, es besteht kein Zugriff auf die Daten der Migranten, die nicht mehr durch die Stadt Radevormwald betreut werden. Derzeit werden 110 Migranten sowie 146 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine betreut.
2. Die Menschen kommen aus 15 Nationen, wobei der Irak mit 40 Personen den größten Anteil stellt, gefolgt von Armenien und Nigeria mit je 9 Personen.
3. Es wurde versucht Familie in Wohnungen und Einzelpersonen in der Neustraße unterzubringen. Zudem gab es Wohngemeinschaften in Wohnungen, da die Kapazitäten damals in der Neustraße nicht ausgereicht haben.
4. Derzeit besuchen 10 Personen einen Kurs vom katholischen Bildungswerk. Während der Coronazeit haben nur sporadisch Kurse stattgefunden.
5. Die Diakonie arbeitet mit dem katholischen Bildungswerk zusammen, die auch den derzeitigen Deutschkurs ausrichten. Weitere Kurse wurden von der VHS Hückeswagen und der Sprachschule Küster durchgeführt. Weitblick hat ebenfalls einfache Deutschkurse angeboten.
Über die Qualität kann keine Aussage getroffen werden.
6. Die Ev. Kirche im Kirchenkreis Lennep packt Pakete zum Leben, die Freie ev. Gemeinde Grafweg packt ebenfalls Pakete.
Die ev. Jugendbildungsstätte und die Kirchengemeinde Pastoratshof haben ukrainische Flüchtlinge beherbergt.
Die katholische Kirche in der Oststraße hat ein Büro geräumt um dort Flüchtlinge aufzunehmen.
In den Räumlichkeiten der Martinigemeinde findet aufgrund der Organisation durch die Diakonie eine Selbsthilfegruppe statt und in den Räumen der Caritas ein Deutschkurs.
7. Die ankommenden Flüchtlinge werden von den Mitarbeitern der Verwaltung nach der Registrierung bei der Stadt den Mitarbeitern der Diakonie übergeben, die diese dann in die Unterkunft bringen und alles vor Ort erklären.
8. Die Diakonie begleitet die Neubürger und hilft beim Ausfüllen von Anträgen.
9. Arztbesuche sind jederzeit möglich, die Hilfesuchenden erhalten hierfür von der Stadt Krankenscheine.
10. Durch das Kommunale Integrationszentrum werden Dolmetscher gestellt, in Einzelfällen auch durch das Sozialamt.
11. Alle notwendigen Arztbesuche werden bezahlt.
12. Es gibt keine Informationen über den Gesundheitszustand.
13. In Deutschland gibt es keine Impfpflicht für Asylbewerber. Es erfolgt eine entsprechende Beratung. Es gab eine Impfkation in der Unterkunft.

Der Bürgermeister Herr Johannes Mans übernimmt das Wort und leitet das Thema zur Ukraine Krise über. Er berichtet, dass zeitnah ein Krisenstab bei der Stadt gegründet wurde. Herr Grossmann übernimmt und dankt zunächst allen beteiligten. Es wird derzeit eine Liste mit Wohnungsangeboten geführt. Es wurde zu Sachspenden aufgerufen. Er Grossmann erläutert das Verfahren der Registrierung.

Frau Ebbinghaus fragt nach der Anzahl der Kinder. Herr Grossmann antwortet, dass derzeit 35 Kinder in Schulen angemeldet sind.

Frau Ebbinghaus fragt weiter, ob die Kindergartenkinder untergebracht sind.

Herr Funke antwortet, dass dies wegen der Überbelegung schwierig ist.

Herr Feuerpeil erkundigt sich nach dem Gesundheitszustand der ankommenden und ob es eine Zusammenarbeit mit Psychosozialen Zentren gibt.

Herr Grossmann antwortet, dass die Ankommenden bisher keine offensichtlichen Verletzungen erlitten haben. Eine Zusammenarbeit mit den Psychosozialen Zentren kann angestrebt werden.

Frau Ebbinghaus erfragt das Kontingent an Wohnraum. Herr Grossmann entgegnet, dass er derzeit 30 – 40 Angebote für Wohnraum gibt.

Herr Rolf Schäfer möchte wissen, ob die Leerstände in der Stadt Radevormwald zur Schaffung von Wohnraum genutzt werden können.

Herr Grossmann gibt an, dass das Angebot der Belvona für Wohnraum nicht annehmbar ist.

4.1. Situation von Migranten, Flüchtlingen und Ortskräften in Radevormwald (Antrag der CDU- Fraktion vom 02.03.2022)

Siehe Tagesordnungspunkt 4.

4.2. Situationen von Migranten, Flüchtlingen und Ortskräften in Radevormwald (Anfrage der AL - Fraktion vom 07.03.2022)

Siehe Tagesordnungspunkt 4.

5. Antrag der FDP Fraktion Betreuung von Asylbewerbern durch Mitarbeiter der Verwaltung AN/0055/2021/1

Frau Schröder erläutert, dass sich die Situation nach dem letzten Ausschuss nochmal verändert hat.

Es gibt zu viele Asylbewerber für zu wenige Sozialarbeiter.

Aus diesem Grund soll die Änderung aufgenommen werden, die Stellen unbefristet in den Stellenplan aufzunehmen.

Außerdem soll eine Betreuung von Jobcenter Kunden durch das Vorhalten von eigenen Sozialarbeitern vermieden werden.

Herr Stark erfragt die genaue Formulierung des Antrags.

Frau Schröder antwortet, dass die Formulierung „eine angemessene Zahl an unbefristeten Stellen“ lauten sollte.

Der Kämmerer Herr Woywod erläutert, dass der Stellenplan konkret ist und zum Haushaltsplan beschlossen werden muss.

Herr Mans bekräftigt die Zusammenarbeit mit der Diakonie als effektiv. Ein Träger kann flexibler sein und eine qualifizierte Betreuung sicherstellen.

Frau Schröder konkretisiert den Antrag dahingehend, dass 2 Stellen in den Stellenplan aufgenommen werden.

Frau Schröder weist darauf hin, dass die Diakonie sich nach drei Ausschreibungen nicht mehr beteiligen darf.

Anmerkung der Verwaltung: Nach Rücksprache mit der Vergabestelle ist diese Aussage nicht korrekt.

Frau Ebbinghaus möchte wissen, ob die Diakonie eine Entlastung für die Verwaltung darstellt. Das wird von Herrn Grossmann bejaht.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Sport, Integration und Demographie bittet den Rat der Stadt Radevormwald zu beschließen, die Sozialarbeit mit Asylbewerbern/ Flüchtlingen ab 01.01.2023 nicht mehr auszuschreiben. Die Aufgabe wird stattdessen von städtischen Mitarbeitern geleistet. Die Stadt stellt hierfür 2 neuen unbefristete Stellen in den Stellenplan ein.

Abstimmungsergebnis:	Ja-Stimmen	2 (1 FDP, 1 AfD)
	Nein-Stimmen	12
	Enthaltungen	

6. Vergabe von Betreuungsleistungen für Asylbewerber und anderen Menschen mit Migrationshintergrund **BV/0247/2022**

Herr Grossmann erläutert den Antrag.

Frau Schröder gibt nochmals zu bedenken, dass bei einer beschränkten Ausschreibung der Träger nicht mehr als 3 mal beteiligt werden darf und bittet um Prüfung, ob die Option der Verlängerung mit aufgenommen werden kann.

Frau Ebbinghaus ergänzt, dass der Schwellenwert für soziale Ausschreibungen bei 700.000,00 € liegt und bittet, die Rahmenbedingungen bis zur Ratssitzung zu klären.

Anmerkung der Verwaltung: Siehe Anmerkung TOP 5.

Frau Schröder möchte wissen, warum die Diakonie nicht Teil des Krisenstabs ist und warum die Schwangerschafts- und Eheberatung nicht mit in dem Quartalsheft aufgenommen ist.

Herr Grossmann führt aus, dass es sich um einen verwaltungsinternen Krisenstab handelt.

Die Aufnahme der Beratungen in das Quartalsheft wird angeregt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die Betreuungsleistungen für Asylbewerber und andere Menschen mit Migrationshintergrund für 3 Jahre auszuschreiben, mit der Option der Verlängerung um ein weiteres Jahr.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Einführung der App "Gut versorgt in Radevormwald" BV/0248/2022

Herr Grossmann stellt die App „Gut versorgt in...“ anhand einer Power Point Präsentation vor.

Nach Beendigung der Präsentation gibt Herr Woywod zu bedenken, dass nur ein kleiner Teilbereich durch die App abgedeckt wird.

Frau Ebbinghaus möchte wissen, wer hinter dieser App steckt.

Herr Grossmann antwortet, dass es sich um eine Firma aus Herne handelt.

Herr Schäfer gibt zu bedenken, dass die App auf den ersten Blick interessant erscheint, auf den zweiten Blick allerdings kommerziell ist.

Herr Leckebusch ergänzt, dass es diese App in Form von Google bereits gibt.

Es erfolgt die Einigung, dass keine Abstimmung erfolgt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Sport, Integration und Demografie beschließt, dass die Verwaltung die Firma Gut versorgt in... GmbH beauftragt, die App „Gut versorgt in Radevormwald“ zu erstellen und in Betrieb zu nehmen.

Abstimmungsergebnis: Keine
Abstimmung

8. Mitteilungen und Fragen

Es liegen keine weiteren Mitteilungen und Fragen vor.

Der öffentliche Teil wird um 18.40 Uhr geschlossen.

Dietmar Stark Hans

Lisa Look

Wilhelm Golombek
Vorsitzender

Schriftführer

gesehen: Bürgermeister/Erster Beigeordneter